

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

4.2.1924 (No. 30)

Badischer Beobachter



62. Jahrgang Karlsruhe, Montag, den 4. Februar 1924 Nummer 30

Wilson gestorben.

Washington, 4. Febr. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson ist gestern vormittag 11.10 Uhr gestorben. Er war im Moment des Ablebens bei vollem Bewußtsein.

Nach vor wenigen Wochen wurde eine Kundgebung Wilsons in amerikanischen Wätern bekannt, die da und dort zu angehen wurde, als wollte Wilson seine Kandidatur für den Präsidentenposten in empfehlende Erinnerung bringen. Wie wenig so etwas ernst zu nehmen war, davon überzeugte nun die Todesnachricht; denn Wilson war tatsächlich selbst ein schwer kranker Mann, seitdem er von Paris bzw. dem Abschluß des 10a. Friedensvertrages von Versailles nach Amerika zurückgekehrt war. Wohllich aber war er sogar ein toter Mann seit dort. Er war der erste tote Mann nach dem Weltkrieg, weil er seine Stunde, die die Stunde Amerikas war nicht erkannte bzw. nicht benützte und weil Amerika das sofort durchschaute und daraus seine Schlüsse zog. Das Bild Wilsons schwankt immer noch im deutschen Urteil. Viele möchten ihn schließlich als Schwärmer betrachten, der Deutschland mit Unrecht ins Verderben führen wollte und daher den Köder der 14 Punkte an die Angel steckte, die er nachher so schändlich verleugnete. Andere betrachten ihn nur als Schwärmer, der in der praktischen Politik völlig verlor. Bismarck liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte. Das lassen die Memoiren Wilsons vermuten, die übrigens nicht von ihm selbst herausgegeben wurden. Danach kann man ein Urteil über die Tatkraft Wilsons beim Abschluß des Vertrages von Versailles nur fällen, wenn man gegenwärtig weiß, was Wilson getan und vertrieben hat und was die übrigen Machthaber des Vertrages taten, die härtere Männer und klauere Politiker waren als Wilson. Sein Ansehen in Deutschland wird kein geringes sein. Angerechnet soll es ihm werden, daß er wenigstens in letzter Zeit seine Stimme gegen das erhob, was Frankreich aus dem Vertrag machen möchte.

Woodrow Wilson war am 28. Dezember 1856 in Stanton (Virginia) geboren; er studierte Geschichte, Rechtswissenschaft und Philosophie. 1879 wurde er Rechtsanwalt, nach einigen Jahren Professor für Geschichte und Volkswirtschaft. Zuletzt lehrte er in Princeton, wo er studierte hatte. 1911 vertauchte er den Staatsrat mit dem Esel des Verwaltungsbereichs und wurde Gouverneur von New-Jersey. Hier bewies er im Kampf mit der Korruption große Festigkeit, was ihm Sympathien eintrug. 1912 kandidierte er für die Demokraten auf seine Präsidentenwahlkandidatur; im November des Jahres erfolgte sein Wahl als amerikanischer Präsident.

Seine Außenpolitik ging auf den Schutz der heimischen Produktion aus. Die Außenpolitik wurde von Bryan gemacht. Als der Weltkrieg begann, hielt Amerika neutral, doch wurde die Neutralitätspolitik nicht eingehalten. Und immer noch wird darüber gestritten, ob Wilson nicht von Anfang an die Absicht hatte, womöglich zu unannem Deutschland einzugreifen oder schließlich den Ausschlag zu geben. Jedenfalls war seine Tätigkeit, als er zum zweiten Male zu Präsidenten gewählt wurde, für uns eine unheilvolle, wobei aber nicht vergessen werden darf, daß hier sehr viel Schuld auch an unserer gescheiterten politischen Taktik lag. Amerika hat in der Tat durch sein Einreifen unser Schicksal entschieden und Wilson war danach in Versailles nicht infam, seine 14 Punkte durchzusetzen, vorausgesetzt, daß er die ernste Absicht hatte, es zu tun. So ist Wilsons Name für immer mit dem über uns gekommenen Unheil verbunden.

Eine politische Rede Stressemanns.

Stettin, 4. Febr. In einer großen Versammlung der Deutschen Volkspartei, die von deren Anführern aus ganz Pommern besucht war, sprach in einer ausgedehnten Rede Reichsgruppenminister Dr. Stressemann zur politischen Lage. Er führte darin aus: Die Nachrichten, die sich jetzt wieder mit dem früheren amerikanischen Präsidenten Wilson beschäftigen, rufen die Erinnerung wach an die Illusion des Wilsons-Friedens. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich hervorhebe, daß der Glaube Wilsons unter außenpolitisches Schicksal geworden ist. Der Glaube an einen gerechten Frieden hat geführt, daß Deutschland die Waffen nieder-

Woodrow Wilson gestorben.

Der Briefwechsel Poincare-Macdonald.

v. Hoersch Gesandter in Paris. / Stressemann über die Lage. / Ein neuer Meinungs-Vertrag.

London, den 26. Januar 1924.

Mein lieber Ministerpräsident! Unsere beiden Länder haben Seite an Seite so harte Zeiten und Prüfungen durchgemacht und für eine gemeinsame Sache so schwere Opfer gebracht, daß ich beim Antritt meines Amtes an Sie einen persönlichen Brief richten mußte, nicht nur, um Ihnen meine Gründe und Wünsche zu überbringen. Es ist mir peinlich, so viele schwebende Fragen vorzufinden, die uns Sorge undummer bereiten und ich verjähre Ihnen, daß es mein tägliches Bestreben sein wird, an der Regelung dieser Fragen zu unserem gegenseitigen Vorteil zu arbeiten. Sie haben Ihre öffentliche Meinung und ich die meine; Sie haben Ihre nationalen Interessen zu schützen, ich die meinen. Manchmal kann es beim ersten Anblick scheinen, daß diese Interessen im Widerspruch miteinander stehen, aber ich bin sicher, daß durch eine energische Anstrengung und durch den guten Willen diese Widersprüche ausgeglichen werden, und daß es möglich sein wird, politische Wege zu finden, die es Frankreich und Großbritannien gestatten, ihre herzliche Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Wir können aufrichtig sein ohne Feindschaft und die Interessen unserer Länder vertreten ohne Feindschaft. Auf diese Weise wird die Entente mehr als bloßer Name sein und Frankreich und Großbritannien werden zusammenarbeiten können, um den Frieden und die Sicherheit Europas wiederherzustellen. — Mit der Versicherung meines persönlichen Respekts bin ich Ihr gehorsamer Diener Ramsay Macdonald.

Paris, 28. Januar 1924.

Mein lieber Ministerpräsident! Ich bin sehr gerührt von dem freundschaftlichen Brief, den Sie an mich richteten, um mir persönlich Ihren Regierungsantritt mitzutheilen und mir Ihre Wünsche zu überbringen. Ich hoffe, von ganzem Herzen, daß der Erfolg Ihre Bemühungen zum Nutzen des Vaterlandes krönen wird. Die Bande, die unsere beiden Länder aneinander binden, sind, wie

leichte, nachdem die Illusion zerfallen ist und wir nun den Verfall der Welt erleben, ist es unsere Aufgabe das außenpolitische Schicksal zu wenden, soweit es in unserer Macht liegt.

Es ist nicht schwerer als die Außenpolitik eines waffenlosen Volkes zu treiben. Es gibt keine stärkeren Menschen, als die, die dem Volke vorreden, daß man einfach heute, in einer Zeit, wo die Maschine entscheidet, so denken könnte, wie vor über hundert Jahren. So wenig wird die Notwendigkeit einer Realpolitik unter der Waffenlosigkeit verstanden dürfen, so sehr wäre es doch falsch, uns der Resignation zu überlassen. Der Kampf für das moralische Recht Deutschlands hatte ja bereits eine gewisse Entspannung, eine andere Einstellung der Welt herbeigeführt, wie sie vor ein bis zwei Jahren noch bestand.

Pum Zusammentritt der Sachverständigen sagte der Außenminister: Ich stehe den Pressenäherungen fern, die an die

Sachverständigenzusammenkunft überflüssige Forderungen geknüpft haben. Was ich sehr ist, daß die Sorgen und Unruhen in der Welt über die Entwicklung der Dinge seit dem Frieden von Versailles zugenommen haben und nichts ist stärker in der Welt als die Macht der Tatsachen. Ich habe mir gestern lassen lassen, die bisherigen Verhandlungen des Komitees liegen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Verhandlungen über die Stabilisierung und Vereinheitlichung der Währung ein reales Ergebnis haben werden. Ich halte ein Hervortreten in diesem Augenblick mit den deutschen Vorschlägen für unrichtig, wenn internationale Komitees Vorschläge machen; wir werden diese Vorschläge entgegennehmen, und dann sagen, ob wir sie für richtig halten oder nicht. Bei diesem ersten Mal, daß ich mich als Außenminister im öffentlichen Wortzug äußere, will ich die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, zu betonen:

Die Lösung der Reparationsfrage überhaupt ist nur möglich im Rahmen einer einheitlichen deutschen Souveränität über die deutschen Gebiete, die uns gehören nach dem Recht und im Rahmen auch eines einheitlichen deutschen Verkehrswezens; denn uns gehören die Eisenbahnen. Ohne das Recht und die Freiheit, die überhaup nicht an eine Lösung der Reparationsfrage zu denken, keine deutsche Regierung würde zulassen, daß aus einem zerstörten Deutschland auch nur die geringsten Reparationsleistungen gesaßt werden.

Bayerischer Brief.

w. München, 30. Januar.

Das zweifache Volksbegehren der Bayerischen Volkspartei, eines, das die sofortige Auflösung des Landtags verlangt, und das andere, das dem neuzuwählenden Landtag die grundlegende Abänderung der bayerischen Verfassung zur Aufgabe macht, ist nunmehr von der Regierung genehmigt worden und wird ab 28. Januar wirksam. Mit diesem Volksbegehren wird dem bayerischen Volke zum erstenmal Gelegenheit gegeben, eine Urabstimmung über die bayerische Staatsbürgerrechte, wie sie beispielsweise in der Schweiz schon lange gang und gäbe ist, in der Praxis zu betätigen. Wadurherwerke aber haben es gerade die sozialdemokratischen und demokratischen Vertreter der republikanischen Verfassung Bayerns dem bayerischen Volke außerordentlich erschwert, von der Einwirkung des Volksbegehrens erprießlichen Gebrauch zu machen. Diese Demokraten in Gänzfischen haben wohl geglaubt, daß es um ihre Politik sehr schlecht stehen wird, wenn man nur erst einmal das bayerische Volk selber über grundlegende Fragen des Staates entscheiden läßt; nehmen wir zum Beispiel nur einmal die Frage her, ob Bayern ein Königreich oder eine Republik sein soll: eine Volksabstimmung darüber würde mit einem Schläge und gewalttätiger Mehrheit die ganze bayerische Republik über den Haufen werfen!

Die Furcht gerade vor dieser Abstimmung mag wohl jene Parteipolitiker, die in erster Linie den „Freistaat Bayern“ verfassungsmäßig „verankern“ haben, zu den ganz und gar unheimlichen Erfindungen eines Referendums veranlaßt haben. Umso bedauerlicher ist es, daß in das Volksbegehren der Bayerischen Volkspartei die so zugrätliche Frage nach der Staatsform Bayerns nicht miteinbezogen wurde; wir sind der Überzeugung, daß einem solchen Volksbegehren ein überwältigender Erfolg zu geworden wäre. So aber ist es einigermassen fraglich, ob es der Volkspartei gelingen wird, die von der Verfassung vorgeschriebene Zahl von Bestimmungen, d. h. ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Bayerns, also rund 800.000 Wähler, auf die Reihe zu bringen, lediglich um die Frage zu entscheiden, ob tatsächlich eine Volksabstimmung über die Auflösung und Neuwahl des Landtags, der einige Verfassungsparagraphen ändern soll, gewünscht wird. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß ein doppeltes Verfahren notwendig ist, um das gestellte Ziel des zweifachen Volksbegehrens zu erreichen: zunächst muß ein Fünftel der Wählerschaft für das Volksbegehren ausgesprochen, hernach erst kann der eigentliche Volksentscheid (Volksabstimmung) über den Inhalt des Volksbegehrens gestimmt werden. Diese Volksabstimmung ist nur rechtskräftig, wenn an ihr mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten teilgenommen und eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen sich für die Forderung des Volksbegehrens ausgesprochen haben. Es ist zu wünschen, daß das Experiment der Bayerischen Volkspartei gelingt; allein es gebort großer Optimismus dazu, angesichts der Motive des Volksbegehrens und der allgemeinen Interesslosigkeit gegenüber parteipolitischen Fragen an einen Erfolg zu glauben. Begegnet doch selbst die Frage des Staatspräsidenten und einer freien Kammer, die im zweiten Volksbegehren aufgestellt wird, gegenüber der viel vorrangigeren Frage der bayerischen Staatsform nur einem geringeren Interesse.

Der Wortlaut der beiden Volksbegehren ist: 1. „Der Bayerische Landtag wird sofort aufgelöst.“ 2. „Der im ersten Halbjahr 1924 neu gewählte Landtag ist ermächtigt, ein Gesetz zur Umgestaltung der bayerischen Verfassung mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder zu beschließen.“ Bemerkenswert und erfreulich ist die scharfe Offenheit, mit der in den Begründungen der beiden Volksbegehren das „tätigliche Verlangen“ des Landtags in den lebenswichtigen Fragen der Staatsführung und die gänzlich Unzulänglichkeit der republikanischen bayerischen Verfassung herausgestellt wird. Mit einem alten Wort kann man auch hier sagen: „Vor Tisch las man's anders.“

In der Begründung des zweiten Volksbegehrens interessiert vor allem die darin ausgesprochene Absicht, die gegenwärtige rein parlamentarische Verfassung in erheblichem Maße umzubauen und dabei der noch wesentlich berufsständischen Gliederung des bayerischen Volkes Rechnung zu tragen. Dies soll geschehen durch Schaffung einer Zweiten Kammer, die offenbar berufständigen Charakter tragen würde. Auch der in der Begründung als notwendig erklärte, unmittelbar vom Volke zu wählende Staatspräsident bedeutet nichts anderes als eine erprießliche Schwächung des für Bayern gänzlich ungeeigneten parlamentarischen Systems, das nach der gleichen Begründung in lebenswichtigen Fragen völlig verfehlt ist. Mit diesen beiden Neuerungen kehrt die Bayerische Volkspartei nach vierjährigen Um- und Abwegen zu jener gesunden bodenständigen Politik zurück, der sie zu Anfang ihren großen Erfolg verdankt. Diese Neuorientierung ist in allererster Linie nicht so sehr auf den Willen der parlamentarischen Führung zurückzuführen als auf den wachsenden Druck, den die

